

Freiburger Nachrichten

09.07.2019

Ältere Lehrer-Assistenten unerwünscht!

René Künzli, Präsident der Terz-Stiftung, Berlingen
«Grossräte machen sich für Senioren stark» – FN vom 3. Juli

Der Freiburger Staatsrat sperrt ältere Lehrer-Assistenten ohne triftigen Grund aus den Klassenzimmern aus. Ein unglaublicher Vorgang in Anbetracht des bevorstehenden Generationenwandels und des Lehrermangels. Das Vorgehen ist aus Sicht der Terz-Stiftung demütigend, diskriminierend und herabsetzend. Der Amtsvorsteher des Amts für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht, Andreas Maag, begründet seine Massnahme lapidar: «Wir wollen nicht auf Seniorinnen und Senioren zurückgreifen, die sich als Hilfskräfte am Unterricht beteiligen.» Andreas Maag spricht sogar von einem Sicherheitsrisiko, das von den Seniorinnen und Senioren ausgehe. Sie könnten Daten und Fakten «ausplaudern» oder weitertratschen, die sie innerhalb der Schule erfahren würden. Dass sie die Verschwiegenheitsklausel, die alle unterschrieben haben, ebenso sorgfältig beachten und einhalten könnten wie Lehrkräfte, ist ihm offenbar nicht in den Sinn gekommen.

Nicht nur die Pro Senectute Freiburg, die dieses Projekt lanciert und begleitet hat, ist konsterniert. In vielen Kantonen werden ältere Lehrer-Assistenten in Schulen eingesetzt und sehr geschätzt: Sie schenken Kindern Zeit. Davon profitieren insbesondere Schüler, die sprachliche oder andere Schwierigkeiten haben und mehr Unterstützung benötigen. Die älteren Menschen entlasten die Lehrerschaft, der Kontakt zwischen Jung und Alt fördert das Verständnis zwischen den Generationen. Die Erfahrungen in den übrigen Kantonen sind daher äusserst positiv.

Eine Altersdiskriminierung liegt vor, wenn eine soziale und/oder ökonomische Benachteiligung von Einzelpersonen oder von Personengruppen aufgrund ihres Lebensalters erfolgt. Im vorliegenden Fall werden Seniorinnen und Senioren nur aufgrund ihres Alters weggewiesen. Die Terz-Stiftung, die sich als Interessensvertreterin für ältere Menschen versteht, sieht in der Entscheidung des Staatsrats eine klare Altersdiskriminierung und eine inakzeptable Geringschätzung der Kompetenzen, der Verlässlichkeit und des Erfahrungswissens von älteren Menschen.